

Robert J. Bideleux (Swansea)

### **Epilog: Wie sich die Wege von Ost- und Westeuropa trennten**

Mit der Auflösung westeuropäischer Staatsgebilde nach dem Ende des Weströmischen Reichs bis zum späten Mittelalter entstanden ungewöhnlich dezentralisierte Gesellschaftsformen. Innerhalb derer war die Macht nach unten über relativ autonome Landadelige, kirchliche Herren und Bürger verteilt. So wurde in Westeuropa die Voraussetzung für die dauerhafte Trennung von „Staat“ und „Gesellschaft“ geschaffen. Darüber hinaus konnte die römisch-katholische Kirche Anspruch auf die Unabhängigkeit ihrer spirituellen Autorität und Herrschaft erheben (Szücs 1988: 298–300). Die Unterscheidung der weltlichen von der geistlichen Sphäre ermöglichte im Laufe der Zeit die Loslösung der Politik von Religionsethik und Theologie sowie die Entwicklung weltlicher Vorstellungen von Macht (ebd.: 300). „Aus dem Auseinanderbröckeln und der Desintegration von Politik und Gesellschaft in Westeuropa erwachsen neue urbane Gemeinschaften, innerhalb derer Einstellungen und Verhalten des Einzelnen immer weniger von Traditionen geformt wurden (...). Und – was am wichtigsten ist – Beziehungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen wurden zunehmend über Verträge geregelt“ (Vajda 1988: 341). Solche Prozesse fanden während des Mittelalters auf dem Balkan und in Russland kaum statt, in Ostmitteleuropa nur in abgeschwächter Form. Weite Teile des östlichen Europa waren daher von einigen der Erfahrungen, die den Westen am meisten prägten, ausgeschlossen. Beispielsweise maßen lutherische und calvinistische Länder im Laufe der Zeit der Volksbildung eine große Bedeutung bei; sie gaben Diskussion, Forschung und Widerspruch mehr Spielraum. Selbst die römisch-katholische Kirche legte bedeutend mehr Wert auf Gelehrsamkeit und Erziehung ihres Klerus und der herrschenden Klassen als die orthodoxe Kirche im Osten. Erstere begab sich in zähe Auseinandersetzungen, um die Ausweitung weltlicher Autorität auf spirituelle Belange zu verhindern (wie zuletzt im kommunistischen Polen und Ungarn). Dies steht in starkem Kontrast zu der sklavischen Unterwürfigkeit der orthodoxen Kirchen im Osten gegenüber weltlichen Herrschern, seien es byzantinische, osmanische, bulgarische, serbische, zaristische oder kommunistische. Die stärkere Unabhängigkeit der katholischen Kirche im Westen lag nicht unbedingt in der Natur des römischen Katholizismus. Vielmehr gelang es der römisch-katholischen Kirche, in den politischen Wirren nach dem Weströmischen Reich sich ihre Unabhängigkeit zu sichern und diese zu festigen. Die orthodoxen Kirchen im Osten hingegen verharrten unter den byzantinischen, osmanischen, zaristischen und kommunistischen Regimes in einer Art „babylonischer Gefangenschaft“. Diese Unterschiede wurden durch eine Haltung verstärkt, die der Moderne und dem Westen ablehnend gegenüberstand und die tief in der

orthodoxen Kirche des Ostens verwurzelt ist: Sie begegnete nicht nur dem römischen Katholizismus als solchem feindlich (was verständlicher wäre), sondern auch der Renaissance, der Reformation und der Revolution in den Naturwissenschaften. Die orthodoxe Kirche auf dem Balkan vertrat die Überzeugung, dass sie in sich das Beste aus der klassischen griechisch-römischen Kultur mit der am höchsten entwickelten und einzig wahren Form des Christentums vereinte. Aus dieser Selbstgefälligkeit heraus entstand kein Bedürfnis nach einer Veränderung. In all ihren Nöten trösteten oder täuschten sich orthodoxe Christen auf dem Balkan damit, dass sie, was Religion und Kultur angehe, bereits unübertreffliche Perfektion erreicht hätten. Sie lehnten den Westen ab, „nicht nur, weil er ketzerisch war, sondern auch weil er sich modernisierte. Die unweigerliche Folge (...) waren intellektuelle Isolation und Stagnation unter den Balkanvölkern (...). Ihr intellektueller Horizont reichte nicht über die Begriffe des Glaubens und lokaler Gemeindeangelegenheiten hinaus. Sie lebten in einer statischen, abgeschlossenen orthodoxen Theokratie und blieben blind gegenüber dem neuen Wissen, den naturwissenschaftlichen Fortschritten und dem Aufblühen der Künste, welche die westliche Welt veränderten und wiederbelebten“ (Stavrianos 1958: 111). Übereinstimmend wird in der Forschung festgestellt, dass der „Bildungsrückstand“ der orthodoxen Christen auf dem Balkan bedeutend war. Dies ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auf die intellektuelle Verarmung und den Obskurantismus des orthodoxen Christentums und der orthodoxen Kirche zurückzuführen (welche lange vor der osmanischen Ära ihren Anfang hatten). Es ist kaum anzunehmen, dass die Osmanen das Bildungsangebot vernachlässigten. Selten wurden diesbezüglich offen Verbote ausgesprochen oder Beschränkungen auferlegt. Da die Osmanen das Drucken von Büchern in fremden Sprachen in keiner Weise einschränkten, ist es wirklich nur den nichtmuslimischen Untertanen selbst zuzuschreiben, wenn sie die neue Technik des Buchdrucks nicht voll ausschöpften. Es ist sehr bezeichnend, dass die meisten orthodoxen Christen im politisch unabhängigen orthodoxen Russland mindestens genauso ungebildet, unbelesen und kulturell verarmt waren wie diejenigen unter dem „Osmanenjoch“ auf dem Balkan.

Ungefähr im Zeitraum zwischen 1050 und 1300 erlebte die Wirtschaft in Westeuropa eine Periode dynamischer Expansion, was den Aufstieg kleinerer und größerer Städte sowie Stadtstaaten mit sich brachte. Sie gingen einher mit technischen und strukturellen Fortschritten in der Landwirtschaft, Industrie, dem Handel und Finanzwesen. Zudem stieg der Lebensstandard an, und die Zahl der Adligen und des Stadtpatriziats vergrößerte sich. Diese Gruppen erhielten einen höheren Status. Das Ende des Weströmischen Reichs, zusammen mit der Vielzahl kleiner, dezentralisierter Gerichtsbarkeiten (jede mit einem eigenen Feudalgericht und eigenem Gewohnheitsrecht), war geeignet, die Herausbildung der

Rechtsstaatlichkeit sowie einer relativ autonomen Kultur innerhalb des Laienchristentums zu befördern. Auch Moralvorstellungen und Wertnormen, an die sich die Herrscher größtenteils gebunden fühlten, formierten sich im Laufe dieses Prozesses (Szücs 1988: 302 f.). Verwaltungs-, Militär-, Fiskal- und Gerichtsfunktionen wurden von der persönlichen Autorität des Herrschers getrennt und über verschiedene Gesellschaftsschichten verteilt. Die wachsende Autonomie von Adel, Kirche, Städten und Gerichten förderte die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, der Grundrechte und vertraglich geregelter Marktbeziehungen. Dies hatte eine vertikale Ausweitung der Freiheiten zur Folge und kurbelte die Abschaffung von Dienstverpflichtungen zugunsten der Bargeldbindung an. Ebenso erlebte die Leibeigenschaft ihre Auflösung (ebd.: 305 f.). In Westeuropa setzte sich nach und nach die Vorstellung durch, dass der Herrscher (selbst ein sogenannter „unumschränkter“ Monarch) die Gesetze des Reichs respektieren und innerhalb ihrer Grenzen operieren musste. Er war somit der „Gesellschaft“ gegenüber verantwortlich oder ihr sogar untertan (ebd.: 308).

Vom 11. bis zum 16. Jahrhundert schien es, als würde Ostmitteleuropa in die aufkommende „Modernität“ des katholischen/westlichen Christentums integriert. In gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht hatte sich der „Abstand“ zwischen Ostmittel- und Westeuropa beträchtlich verringert (Topolski 1981: 375–379; Szücs 1988: 331; Janos 1982: 30 f.; Berend 1986: 331 f.; Wandycz 1992: 6). Indem man am katholisch-westlichen Zweig des Christentums, in Verbindung mit dem massiven Zustrom deutscher Kolonisten, Händler, Priester, Rechtsgelehrter und Verwalter, festhielt, wurde Ostmitteleuropa in immer engeren Austausch mit den westeuropäischen Kulturen gebracht. Hierdurch beschleunigte sich die Entwicklung von Schriftsprachen, theologischer und naturwissenschaftlicher Gelehrsamkeit, Jurisprudenz, Handel, Agrar- und Bergbautechniken sowie von formalisierteren und regulierteren Verwaltungsmethoden. Die Städte wurden im Zuge dieser Entwicklung zu Sitzen weltlicher und geistlicher Verwaltung, zu Zentren von Handel und bürgerlicher Kultur. Ab dem 14. bis zum 16. Jahrhundert wurden die Vorrechte der Monarchien in Polen, Ungarn, Böhmen und Mähren zunehmend beschnitten und abgeschafft, als sich hier eine beachtliche Entwicklung von Handel, Handwerk, Bergbau, Städten und autonomen bürgerlichen Gesellschaftsformen abzeichnete. Die Bildungseliten dieser Region nahmen regen Anteil an den humanistischen intellektuellen Strömungen Westeuropas, aus denen die Renaissance, die Reformation und die Anfänge der Revolution in den Naturwissenschaften hervorgingen. War das 16. Jahrhundert in Westeuropa eine Zeit der Bigotterie und religiöser Zwietracht, so stellte es in Polen-Litauen, Böhmen, Mähren und Siebenbürgen eine Zeit religiöser Toleranz dar. Wichtige kosmopolitische Universitäten wurden 1348 in Prag, 1365 in Wien, 1400 in Krakau und 1579 in

Vilnius gegründet (sowie kurzlebige 1361 in Pécs und 1465 in Bratislava). Die ersten Druckerpressen führte man in Böhmen in den fünfziger, in Polen und Ungarn in den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts ein. Nicht früher, sondern eher später oder gleichzeitig wurden in Italien (in den sechziger) sowie in Frankreich und England (in den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts) Pressen aufgestellt (ebd.: 36 f.). In Polen wurden 1513 die ersten Bücher in der Landessprache gedruckt, in Ungarn 1541; während des 16. Jahrhunderts belief sich die Zahl der in Polen veröffentlichten Titel auf etwa achttausend, in England etwa auf zehntausend (ebd.: 50 f.). Im 16. Jahrhundert waren die Donauländer demnach „Westeuropa viel näher als jemals zuvor oder danach“ (Evans 1979: xxii). Um 1500 lebten in Mähren etwa fünfundzwanzig Prozent der Bevölkerung in Städten, in Böhmen und in Polen um die zwanzig Prozent (das weitläufige Großfürstentum Litauen ausgenommen) und in Ungarn etwa fünfzehn Prozent der Bevölkerung (ebd.: 60). Obwohl solche Proportionen immer noch weit unter denen der Niederlande und Italiens zu dieser Zeit lagen, wichen sie doch kaum von denen Frankreichs, der Iberischen Halbinsel oder der Britischen Inseln ab.

Nichtsdestotrotz blieb die damalige scheinbare Verwestlichung Ostmitteleuropas ein ziemlich „oberflächliches“ und „äußerliches“ Phänomen (Wandycz 1992: 6). Obwohl diese Länder einige Elemente des westlichen „Feudalismus“ einführten, „wurde das Wesen des Feudalismus nie Teil der Gesellschaftsstruktur in Osteuropa“ (Berend 1986: 331).

*Die Tatsache, daß die östlichen Gesellschaftsstrukturen stark von einem Grenzbeziehungsweise Neulandcharakter geprägt waren, machte es für die dynastischen Herrscher schwer, von den kriegerischen Siedlern und Landbesitzern Lehenstreue zu erzwingen, denn oft genossen bewaffnete Abenteurer und anarchistische Auführer in dieser freien Umgebung erhebliches Ansehen. In einem unter solchen Bedingungen errichteten Feudalsystem war die vertikale Solidarität weitaus schwächer als im Westen (Anderson 1979: 274).*

Die Städte dieser Region waren größtenteils „fremde“ deutsche und jüdische Enklaven. Sie besaßen nicht die Möglichkeiten, die Macht von Land besitzenden Adeligen oder Monarchen anzufechten oder ein Gegengewicht zu ihr zu bilden. Auch waren sie ungenügend in ihre slawischen oder ungarischen Hinterländer eingegliedert, als dass sie eine so vielfältige Umgestaltung der Gesellschaft bewirkt hätten, zu der es durch das Aufkommen kleinerer und größerer Städte und Stadtstaaten in Westeuropa kam. Warenproduktion und Bargeldbindung besaßen nicht annähernd so viel Überzeugungskraft wie in Westeuropa (Gunst 1989: 66).

Während viele westeuropäische Städte zu Handels- und Produktionszentren wurden, entwickelten sich die „Städte“ in Ostmittel- und Osteuropa im 16. Jahrhundert im Allgemeinen kaum über Verwaltungszentren, Zwischenstationen, Sammelpunkte, Garnisonen oder kartografisch erfasste Dörfer hinaus (ebd.: 57–59), sie stellten eher Verbrauchs- als Produktionsstätten dar. Nur ihre Größe (und manchmal ihre Gründungsurkunde) verlieh ihnen den Stadtstatus. Von Böhmen und Mähren möglicherweise abgesehen, erlangte die Stadtbevölkerung in Osteuropa nicht in dem Maße die Autonomie und politische Repräsentation oder so viele Grundrechte wie ihr Pendant in Westeuropa.

Diese Unterschiede spiegelten sich in den Reaktionen West-, Mittel- und Osteuropas auf ihre jeweiligen ökonomischen oder demografischen Krisen. Zwischen 1300 und 1450 wurden weite Teile Westeuropas von malthusischen Krisen<sup>31</sup> erschüttert, die sich in Hungersnöten, Epidemien, drastischen Bevölkerungsrückgängen und vielerorts sozialen und politischen Unruhen äußerten. In den bevölkerungsärmeren Wirtschaftsräumen Mittel-, Südost- und besonders Osteuropas hingegen erfuhren das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum durch den Schwarzen Tod oder durch demografischen Druck im Sinne Malthus' weniger Unterbrechungen. Vielmehr schienen diese Gebiete eine bedeutende (wenn auch stark schwankende) ökonomische und demografische Expansion zu erleben.

Besonders in den seefahrenden Staaten Westeuropas wurden die Wirtschaftskrisen und das malthusische Stocken des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums zwischen ungefähr 1450 und 1750 durch die Ausweitung des überregionalen und überseeischen Handels allmählich überwunden. Der erweiterte Güteraustausch förderte eine stärkere Spezialisierung in der Wirtschaft. Auch wurden die Einführung oder intensivere Entwicklung neuer Erzeugnisse sowie bedeutende Fortschritte in Struktur und Technologie von Landwirtschaft, Industrie und Seefahrt unterstützt. Der Handel förderte weiters die Gebietskonsolidierung und Allianzen zwischen den protonationalen Monarchien und den im Entstehen begriffenen bürgerlichen Schichten. Die Zufuhr von Edel- und Halbedelmetallen (ursprünglich aus Deutschland und Ostmitteleuropa, später auch aus der Neuen Welt) brachte einen Anstieg der Geldvorräte und des Preisniveaus, erleichterte den Handel mit Asien, förderte die Kommerzialisierung der Landwirtschaft und beschleunigte die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Die Überwindung jener spätmittelalterlichen Krisen in den Seefahrerstaaten Westeuropas deckte sich jedoch grob mit dem Ausbruch analoger Krisen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa während des späten 16. und 17. Jahrhunderts. Dort manifestierten sie sich ebenfalls in Hungersnöten, Epidemien, drastischen Bevölkerungsrückgängen und vielerorts Unruhen in

---

<sup>31</sup> So benannt nach dem britischen Ökonomen Thomas Malthus (1766–1834), der in seinem „Essay on Population“ 1801 als Erster den Verlauf demografischer Krisen beschrieb.

den Städten wie auf dem Land. Die malthusischen Faktoren wurden jedoch von den Kriegsauswirkungen und dem damit einhergehenden Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung noch drastisch verstärkt oder sogar überschattet. Besondere Relevanz hatten der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) und Russlands Zeit der Wirren (1603–1613) sowie unzählige für alle Seiten verheerende Kriege zwischen Russland, Polen-Litauen und Schweden und wiederholte Feldzüge der Osmanen. Im Gegensatz zu Westeuropa hatten diese Krisen vor allem eine beträchtliche „Verländlichung“ (Entstädterung) zur Folge. Auch bedingten sie den Abschluss mächtiger Bündnisse zwischen aufstrebenden Alleinherrschern und den Großgrundbesitzern, meistens zum Schaden der Bauern und Stadtbewohner. Eine Ausnahme bildete teilweise die polnisch-litauische Union: Die immer zahlreicheren und bereits mächtigen Land besitzenden Adligen trachteten hier danach, ihre eigene politische und ökonomische Macht auf Kosten von Monarchie, Zentralregierung, Bauern und Bürgern auszuweiten.

Die früheren Krisen in Westeuropa hatten langfristig die wirtschaftliche Bedeutung und das politische Gewicht der Kaufleute und der Städte gesteigert. Dies gilt besonders in jenen gerade im Entstehen begriffenen kapitalistischen Volkswirtschaften, die für Nordwesteuropa maßgeblich wurden. Sie beschleunigten das *nahezu vollständige Verschwinden der Leibeigenschaft*. In Ostmitteleuropa und in Russland hingegen untergruben die Krisen im 16. und 17. Jahrhundert die politische und wirtschaftliche Stellung der Städte und der Städter und führten ferner zu einer *Intensivierung der Leibeigenschaft*, die nicht zuletzt deshalb bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts weiterbestehen konnte. Im Grunde hatte sich in Ostmittel- und Osteuropa die gesetzliche Konsolidierung der Leibeigenschaft bereits in den neunziger Jahren des 15. Jahrhunderts in Ungarn-Kroatien, Polen-Litauen, Brandenburg, Mecklenburg, Preußen, Böhmen und Russland während des früheren wirtschaftlichen Aufschwungs abgezeichnet. Es herrschte zunehmend ein Mangel an Arbeitskräften (gemessen an der raschen Ausweitung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und Bergbaubetrieben). Zudem verfügten die meisten Landbesitzer nicht über ausreichende finanzielle Mittel, die Vorteile der expandierenden Stadt- und Exportmärkte für Getreide, Vieh, Holz und Erze voll auszuschöpfen. So wurde eine konzertierte Aktion ausgelöst, um die Rechte und die Freizügigkeit der Bauernschaft einzuschränken. Man wollte sie damit leichter den steigenden Zwangsabgaben in Form von Naturalien und Frondiensten unterwerfen (Berend 1986: 334 f.).

Die neuen „westlichen“ Gesellschaftsmodelle im Europa der frühen Neuzeit beruhten somit auf der *Abschaffung* der Leibeigenschaft, die neuen „östlichen“ hingegen auf ihrer *Intensivierung und Erhaltung* (Szücs 1988: 312). Aufgrund der steigenden Nachfrage nach Rohstoffimporten

aus Ostmittel- und Osteuropa trug der wirtschaftliche Aufschwung in Westeuropa dazu bei, das Fortbestehen der sogenannten Zweiten Leibeigenschaft in Ostmitteleuropa und in Russland zu sichern. In der Folge wurde „das große, in Zwangsarbeit bewirtschaftete Landgut zum typischen östlichen Partner in der resultierenden Arbeitsteilung zwischen Ost und West“ (ebd.: 313). Robert Brenner vertritt den Standpunkt, dass sich die Bauernschaft in Osteuropa zudem „in einer wesentlich schlechteren Ausgangslage als ihr westliches Pendant befand, um der herrschaftlichen Reaktion Widerstand zu leisten“. Dies letztlich, weil die Großgrundbesitzer „den Kolonisierungsprozess, im Zuge dessen die Besiedlung Nordosteuropas stattgefunden hatte“, angeführt und dominiert hatten und die Region daher während der Zweiten Leibeigenschaft einer „außergewöhnlich straffen Form von feudalen Besitzverhältnissen“ unterstand (Brenner 1989: 44).

Immanuel Wallerstein steht auf dem Standpunkt, Osteuropa habe seit dem 16. Jahrhundert eine „semiperiphere“ und abhängige Rolle innerhalb einer aufstrebenden „kapitalistischen Weltwirtschaft“ erhalten, deren Herz sich in Nordwesteuropa befand. Dieser Ansicht zufolge war die Intensivierung und Ausweitung der Leibeigenschaft in Ostmitteleuropa und Russland kein „präkapitalistisches“ oder „feudales“ Phänomen, sondern spezifisches Ergebnis und Ausdruck des sich formierenden Kapitalismus. Eine Analogie hierzu lasse sich im System der „erzwungenen verkaufsorientierten landwirtschaftlichen Arbeit“ finden, das in Amerika eingeführt worden sei. Erzwungene Arbeitsdienste seien hier zu einer Handelsware für den Kauf und Verkauf in Wirtschaftsgefügen geworden, die sich ihrerseits auf marktgerechte Rohstoffproduktion, Profit und den Export in die aufstrebenden kapitalistischen „Kernstaaten“ Nordwesteuropas ausgerichtet hätten. Letztere hätten sich überproportionale Anteile des „Überschusses“ angeeignet, den die aufstrebende „kapitalistische Weltwirtschaft“ generiert habe. Sie hätten dabei die weniger entwickelten europäischen „Semiperipherien“ in den Nebenrollen belassen (Wallerstein 1974a; Wallerstein 1974b).

Es zeigt sich jedoch immer deutlicher, dass Wallersteins überzeugend vertretene und höchst einflussreiche Ansicht zur Rolle Ostmittel- und Osteuropas als „Semiperipherie“ bestenfalls irreführend und noch wahrscheinlicher falsch ist. Es lassen sich im 16. Jahrhundert die ersten quantitativ bedeutsamen Getreide-, Holz- und Viehexporte aus dem baltischen Hinterland nach Nordwesteuropa beobachten. Auch stimmt es, dass diese Exporte zunehmend von großen Landgütern stammten, die mit Leibeigenen bewirtschaftet wurden. Nichtsdestotrotz dauerte es eine ganze Weile, bis sich die Zweite Leibeigenschaft herauskristallisierte, die damals in Ostmitteleuropa und Russland gerade im Entstehen begriffen war. Sie war weniger eine Folge der Agrarexpansion im 15. und 16. Jahrhundert als vielmehr der erschwerten wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen und der bewussten staatlichen Förderung der Leibeigenschaft im 17. und 18. Jahrhundert (Wandycz 1992: 59). Es sei insbesondere vor der Versuchung gewarnt, die Bedeutung externer Marktkräfte für die Ausweitung und Intensivierung der Leibeigenschaft in Ost- und Ostmitteleuropa zu überschätzen. Im 16. Jahrhundert wurde nur ein geringer Anteil der Getreideerzeugnisse Ostmitteleuropas nach Nordwesteuropa ausgeführt. Solche Exporte waren fast ausschließlich jenen Regionen vorbehalten, die durch die Flussschifffahrt eine gute Verkehrsanbindung an die wichtigen baltischen Häfen hatten, wie entlang der Weichsel nach Danzig. Getreideexporte aus Österreich, Böhmen, Mähren und Ungarn mussten weitgehend auf dem Landweg erfolgen. Selbst in Polen, aus dem Getreide relativ leicht exportiert werden konnte, beliefen sich Schätzungen zufolge die Getreideexporte auf lediglich zwölf Prozent des Gesamtertrags (ebd.: 58), möglicherweise sogar nur auf zweieinhalb Prozent (Topolski 1981: 391). Der Umfang der Getreideexporte aus dem Baltikum nach Westeuropa war jedenfalls immer noch „marginal im Verhältnis zur Gesamtnachfrage und zu den Vorräten“ (ebd.: 392). Außerdem liefen die Getreideexporte, für die Russland, Rumänien und Ungarn bekannt werden sollten, erst mit dem Bau von Eisenbahnnetzen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts so richtig an. Südpolen, Ungarn, die Walachei und Moldau hatten sich bereits etwas früher aktiv am transeuropäischen Viehhandel beteiligt (ebd.: 397). Da Transporte teuer und schwierig waren, beschränkte sich der Agrarhandel in Russland und Ostmitteleuropa im 16. Jahrhundert auf die lokalen Märkte (ebd.: 396).

Somit muss Wallersteins These neu formuliert werden: Es entstanden strukturelle Ähnlichkeiten zwischen der Volkswirtschaft im Russland der Zweiten Leibeigenschaft und denen in Ostmitteleuropa. Ihnen war zum einen die Ausrichtung ihrer Produktion auf primäre Handelsgüter in Fronarbeit gemeinsam, zum anderen ihr Entwicklungsrückstand gegenüber den Wirtschaftsräumen Westeuropas. Diese Analogien sind in erster Linie auf interne Faktoren zurückzuführen, insbesondere in Hinblick auf Staatspolitik, Klassenstruktur und Agrarbedingungen, weniger auf externe Kräfte (Kochanowicz 1989: 119).

Auch ist noch nicht ausreichend bekannt, dass die Zweite Leibeigenschaft in Ostmitteleuropa und Russland sehr viel weiter verbreitet und rigider war als auf dem Balkan, sofern sie dort, was umstritten ist, überhaupt existierte. So behauptet Fernand Braudel, dass das osmanische *çiftlik*-System „in erster Linie Getreide produzierte. Und war der Getreideanbau – ob nun in der Türkei, in den Donau-Provinzen oder in Polen – an einen umfangreichen Exporthandel geknüpft, so schuf er von Anfang an die Rahmenbedingungen, die zu einer ‚neuen Leibeigenschaft‘ führten (...). Diese weitverbreiteten großen Landgüter werteten die Bauern

ab“ (Braudel 1975: 725). Ähnlich erklärt Trajan Stoianovich, dass auf dem Balkan „ab der zweiten Hälfte des 16. bis ins frühe 19. Jahrhundert die Anzahl der Kategorien zwischen ‚Freien‘ und Leibeigenen wieder zunahm und damit zu dem führte, was manchmal als ‚Zweite Leibeigenschaft‘ bezeichnet wird“ (Stoianovich 1967: 160 f.). Diese Ansicht gründet jedoch auf einer falschen Analogie. „Es gibt keinerlei Belege für die Annahme, das (osmanische Agrar-)System sei von zeitgenössischen Beispielen aus Osteuropa jenseits der Donau inspiriert worden, trotz des Umstands, dass die (Um-)Bildung der osmanischen Bodenherrschaft zeitgleich mit der sich immer weiter verbreitenden Leibeigenschaft in Osteuropa verlief“ (McGowan 1981: 46). Die *çiftlik*-Anwesen auf dem Balkan waren, wie bereits erwähnt, viel kleiner als die Landgüter in Ostmittel- und Osteuropa und brachten nie eine ähnliche gutsherrschaftliche Lebensweise und Erbkasten von begüterten Adelsfamilien hervor, wie es in letzteren Regionen der Fall war. Außerdem war der Anlass für die Ablösung des *tımar* durch den *çiftlik* im Wesen des Osmanischen Reichs begründet; sie stellte nämlich die Reaktion auf das zunehmend Unzeitgemäße und die Redundanz der *sipahi*-Kavallerie, also der *tımar*-Inhaber, dar. Diese Ablösung geschah kurz vor dem Aufstieg der Zweiten Leibeigenschaft in Ostmitteleuropa und Russland, konnte diese also nicht nachgeahmt haben. Folglich war das neue osmanische Agrarsystem „hausgemacht“, nicht von Europa „übernommen“ oder „kopiert“. „Die osmanische Regierung hat keine zweite Leibeigenschaft errichtet, wie Braudel annimmt. Dies lag nicht in ihrem Interesse, da die Regierung nicht einfach das Instrument einer Land besitzenden Klasse war und nichts zu gewinnen hatte (...), indem sie die Bauernschaft abwertete“ (ebd.: 73). In der Praxis wurde die Entwicklung des *çiftlik*-Systems durch verschiedene Faktoren erheblich behindert, wie durch die osmanischen Beschränkungen der Getreideausfuhr von 1604 bis 1829 (ebd.: 36), die schlechten Transportmöglichkeiten, den Ausschluss ausländischer Schifffahrt aus dem Schwarzen Meer durch die Osmanen zwischen 1475 und 1783 (ebd.: xi). Überdies kam es aufgrund von Krankheit, Krieg, Banditentum und Massenmigrationen in sicherere Gebiete zu einem gravierenden Bevölkerungsrückgang in den osmanischen Gebieten im 17. Jahrhundert und einem daraus resultierenden Arbeitskräftemangel. Außerdem vermutet Braudel wie Wallerstein, dass Getreideexporte etwa drei Jahrhunderte früher das Fundament für die Zweite Leibeigenschaft legten, als dies tatsächlich der Fall war. In Wirklichkeit gab es erst im 19. Jahrhundert osmanische (wie auch russische, ungarische und rumänische) Getreideexporte in nennenswertem Umfang, Jahrhunderte nach der Entstehung des *çiftlik*-Systems. Obgleich sich sowohl in Westeuropa als auch in Mittel- und Osteuropa verschiedene Formen des Absolutismus herausbildeten, waren doch die westeuropäischen Varianten wesentlich

deutlicher eingegrenzt. „Keine westliche Monarchie besaß absolute Macht über ihre Untertanen, im Sinne eines ungebundenen Despotismus“ (Anderson 1979: 62). Westeuropäische Verfechter des Absolutismus wie etwa Bodin, Hobbes und Grotius sahen es ja als selbstverständlich an, dass die Herrschaft eines sogenannten „absolutistischen“ Monarchen strikten Begrenzungen unterlag (ebd.: 63; Szücs 1988: 320).

Überzeugend formuliert Perry Anderson wie folgt die wesentlichen Unterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Ausformungen des Absolutismus: Der absolutistische Staat im Westen war „der umstrukturierte politische Apparat einer Feudalklasse, welche die durch Umwandlung des alten Abgabesystems bewirkte Veränderung ihrer Situation akzeptiert hatte; er war – angesichts einer ständig sich ausbreitenden städtischen Wirtschaft, die er nicht vollständig kontrollieren konnte und der er sich anpassen mußte – eine *Kompensation für das Verschwinden der Leibeigenschaft*“; im Osten hingegen stellte der absolutistische Staat „eine *Einrichtung zur Konsolidierung der Leibeigenschaft*“ dar. „Die Reaktion der herrschenden Landbesitzer im Osten war von der Intention bestimmt, daß durch Gewalt von oben eine neue Ordnung geschaffen werden mußte. Dieser Gesinnung entsprechend war die Gewaltsamkeit der gesellschaftlichen Beziehungen weitaus größer.“ Der Reifeprozess absolutistischer Staaten im Osten während des 17. Jahrhunderts „versetzte der Möglichkeit eines Wiederauflebens städtischer Unabhängigkeit den Todesstoß. Die neuen Monarchien – Hohenzollern, Habsburg und Romanow – sicherten die politische Vorherrschaft des Adels über die Städte (...). In den tschechischen Landen beendete der Dreißigjährige Krieg den Stolz und das Wachstum der böhmischen und mährischen Städte“ (Anderson 1979: 237, 250 f.; Hervorhebungen im Original). Ironischerweise gelang es dem polnisch-litauischen Adel, die absolutistischen Ambitionen der eigenen Monarchen abzuwenden, nur um mit anzusehen, wie die daher geschwächte Union in den Jahren 1772, 1793 und 1795 unter den absolutistischen Monarchien von Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt wurde.

Struktur und äußere Form des Absolutismus wurden im 17. und 18. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa durch die Erfordernisse des Krieges sogar noch stärker geprägt, als dies im 16. und 17. Jahrhundert in Westeuropa der Fall gewesen war. Die Adeligen in Mittel- und Westeuropa waren vielfach Dienstadlige, die regelmäßig eine Uniform trugen, um auf ihre Position als Staatsbedienstete hinzuweisen. Die Strenge und der Militarismus der mittel- und osteuropäischen Formen des Absolutismus waren auch Antworten der herrschenden Klasse auf die allzeit präsente Gefahr von Bauernrevolten (ebd.: 259).

Während des 17. und 18. Jahrhunderts behinderte die sich daraus ergebende politische und soziale Starrheit die Entwicklung Russlands und Ostmitteleuropas erheblich. Sollten jedoch

Ian Blanchards kontroverse Daten und Berechnungen stimmen, so reichten derartige Beschränkungen nicht aus, um einen sprunghaften Anstieg des Lebensstandards zu verhindern (was „einen Zustand des krassen Überflusses“ zur Folge hatte). Der Autor gründete sich auf einen plötzlichen Boom bei der Produktion von Primärgütern im 18. Jahrhundert in Russland, im Zuge dessen bislang unzugängliche oder zu wenig genutzte Rohstoffvorkommen ausgebeutet wurden: Edel- und Halbedelmetalle. Auch richtete man verstärkt das Augenmerk auf die (re)kolonisierten eurasischen Steppen (Blanchard 1989: 55, 216–283). Eine Zeit lang war das Pro-Kopf-Vorkommen von Rohstoffen in Russland groß genug, um die restriktiven Auswirkungen der Leibeigenschaft zu überbrücken.

In Ostmitteleuropa erlebten die Städte und ihre jungen Kaufmannsschichten jedoch zeitweilig einen Niedergang – zum einen im Zuge religiöser Verfolgung, Abwanderung und verheerender Kriege, zum anderen weil die Aristokraten als Hauptproduzenten von exportfähigen Getreide-, Holz- und Viehüberschüssen direkte Beziehungen mit europäischen Händlern und Finanziers knüpften. So umgingen sie die oftmals ethnisch „fremden“ baltischen Bürger und Mittelsmänner (Kochanowicz 1989: 112, 114). Im fast gänzlich von Land umschlossenen Habsburgerreich eignete sich der Land besitzende Adel zunehmend wettbewerbseinschränkende lokale Monopole auf bestimmte Tätigkeiten an. Genannt seien das Getreidemahlen oder der Verkauf von Wein und Spirituosen (Gunst 1989: 71). Bis 1735 sank der Anteil der Stadtbewohner an der Reichsbevölkerung auf acht Prozent, 1840 betrug er immer noch lediglich 8,6 Prozent (Hanak 1989: 63). Gleichzeitig trug die Zweite Leibeigenschaft dazu bei, dass ein hoher Anteil der Arbeitskräfte innerhalb ineffizienter Arbeitssysteme gebunden war, die wenig Ertrag einbrachten.

Zu diesen Benachteiligungen gesellte sich, dass der westeuropäische Kolonialhandel anstieg und sich die wichtigsten Welthandelsrouten weg vom Mittelmeer und dem Baltikum an die europäische Atlantikküste verlagerten. So fielen Ostmittel-, Südost- und Osteuropa noch weiter hinter die Seemacht des westlichen Europa zurück. Diese entwickelte zunehmend weltliche und städtische bürgerliche Gesellschaftsformen wie auch eine Wissenschaftskultur, die der Philosophie, Forschung, Entwicklung und dem Handel wesentlich mehr Freiheit einräumten, als dies die absolutistischen Staatsgebilde in Osteuropa taten.

Nichtsdestotrotz gelang es Habsburgern, Zaren und Osmanen, sowohl die wirtschaftliche als auch die militärische Vormachtstellung ihrer Reiche während des 17. und 18. Jahrhunderts zu behaupten. Eine militärische und wirtschaftliche Überlegenheit des westlichen Europa war noch in ihren Anfängen und drang noch nicht extensiv in osteuropäische Märkte ein – nicht zuletzt auch deshalb, weil die Schwierigkeiten und Kosten, mit denen Transporte verbunden waren, den

östlichen Reichsgebilden einen natürlichen Schutz gegen Eindringlinge auf den Markt boten. Außerdem erlebten diese Reiche im Osten bis zum 18. Jahrhundert ein außerordentliches Bevölkerungswachstum. Verbunden war dieser Prozess mit der Urbarmachung von Land und einer Vergrößerung der Viehherden, einer steigenden Kommerzialisierung und regionalen Spezialisierung. Diese Faktoren stellten vielerorts Vorstufen der Industrialisierung dar. Auch muss erwähnt werden, dass wenigstens einige der wissenschaftlichen und technologischen Früchte der zunehmend paneuropäischen Aufklärung in diesen Regionen – sie waren bei weitem keine „Reiche der Finsternis“ – Verbreitung fanden. Zudem überwand die Aufklärung allmählich die anfängliche Introversion, Selbstzufriedenheit sowie die ablehnende Haltung der orthodoxen Kultur im Osten gegenüber der Moderne und dem Westen. Selbst das Osmanische Reich, später „der kranke Mann am Bosphorus“, war noch kein

*hilfloses Opfer von Umständen außerhalb seiner Kontrolle (...). Osmanische Kaufleute organisierten erfolgreich Handwerksindustrien und bauten effiziente Verteilernetzwerke auf. Europäische Händler, die auf die osmanischen Märkte drängten, fanden in ihnen oft harte Konkurrenten (...). Mit anderen Worten, die osmanische Wirtschaft besaß eigenes Potenzial, sie war nicht unbeweglich und schutzlos (...). Die osmanische Herrschaft über die Karawanenwege erlaubte es den osmanischen Kaufleuten, ihre eigenen Handelsnetzwerke aufzubauen und zu kontrollieren. Bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts konnten abseits der Küstengebiete Importe aus Europa nicht mit Waren aus einheimischer Herstellung konkurrieren (Faroqhi 1997: 470, 480, 526).*

Aussagen solcher Art sind auch zum Indien, China und Japan des 18. Jahrhunderts aktuell (Jones 1988; Pomeranz 2000). Zudem „wurde die Position der Griechen in Konstantinopel, auf den Inseln und als Seemacht nach 1650 stärker als je zuvor“ (Stoianovich 1960: 269), seitdem griechische Kaufleute und Reeder Handel und Schifffahrt auf dem Balkan, in der Ägäis, im östlichen Mittelmeer und im Schwarzen Meer kontrollierten. Georges Contogeorgis betont die Unverwüstlichkeit, Widerstandsfähigkeit und den Kosmopolitismus des „*cosmosystème hellénique*“, wie er es nennt. Dessen Basis bildeten seit der Ära von Byzanz, durch die osmanische Zeit hindurch bis zur Gegenwart die Stadt und der Handel:

*Im lebendigen hellenistischen Milieu stellt die Stadt einen neuen Höhepunkt der griechischen Gesellschaft dar, zum Ausgang des 17. Jahrhunderts ermuntert sie zur Ausarbeitung eines Projekts, das die despotische osmanische Macht durch eine*

*griechische, kosmopolitisch ausgerichtete ersetzen soll (...). Die griechische Welt der Stadt kontrolliert die Wirtschaft des Osmanischen Reichs, die eine der mächtigsten bürgerlichen Klassen der Zeit formiert, die einzige von Natur aus ökumenische und nicht „nationale“, deren Handlungsradius sich auf Russland, Österreich-Ungarn und entlang der gesamten Mittelmeerküsten erstreckte (Contogeorgis 2003: 116).*

Dennoch führte die industrielle Revolution in Nordwesteuropa in Verbindung mit der zunehmenden Spezialisierung Osteuropas auf weniger hoch entwickelte und im Allgemeinen weniger einträgliche Grunderzeugnisse dazu, dass sich die Ungleichheit zwischen Ost- und Westeuropa im Niveau der nationalen Pro-Kopf-Einkommen innerhalb von fünfzig Jahren von circa zwei zu eins auf drei zu eins ausweitete (Berend 1986: 339). Diese ökonomische Disparität zwischen Ost und West vergrößerte sich bis zum späten 20. Jahrhundert noch weiter (auf etwa fünf zu eins). Heute ist sie so groß, dass sie wohl noch bis weit ins 21. Jahrhundert fortbestehen wird, selbst bei sehr optimistischen wirtschaftlichen und politischen Einschätzungen. Sollte Osteuropa jedoch weiterhin von derartigen Krisen verfolgt und erschüttert werden, wie es vom 17. bis zum 20. Jahrhundert wiederholt der Fall war, könnte sich diese massive Ungleichheit sogar noch ausweiten. Es gibt keine hundertprozentige Garantie dafür, dass Osteuropa den Westen einholen oder sich ihm stetig annähern wird, obwohl der Erfolg des europäischen Integrationsprojekts letztlich daran gemessen werden wird, wie stark diese Ungleichheiten reduziert werden können. Angesichts des Triumphes, dank sukzessiver EU-Erweiterungen gut zwei Drittel aller Europäer unter einem einzigen gesetzlichen, institutionellen und politischen Dach zusammenzubringen, sollte man nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, dass die ökonomischen Ungleichheiten zwischen dem Osten und dem Westen Europas größer sind als je zuvor in der europäischen Geschichte. Die Vereinheitlichung der gesetzlichen, institutionellen und politischen Sphären in Europa hatte keine wirkliche wirtschaftliche Annäherung zur Folge.

#### *Literatur:*

Anderson P. 1979: *Die Entstehung des absolutistischen Staates*. Frankfurt/Main.

Berend I. 1986: The Historical Evolution of Eastern Europe as a Region. *International Organization* 40, 329–346.

Blanchard I. 1989: *Russia's „Age of Silver“: Precious Metal Production and Economic Growth in the Eighteenth Century*. London.

- Braudel F. 1975: *The Mediterranean and the Mediterranean World in the Age of Philip II*. Bd. II. London.
- Brenner R. 1989: Economic Backwardness in Eastern Europe in the Light of Developments in the West. Chirot D. (Hg.): *The Origins of Backwardness in Eastern Europe*. Berkeley, 15–52.
- Contogeorgis G. 2003: La Grèce moderne: un paradigme national issu du cosmosystème hellénique. *Pôle Sud* 18.
- Evans R. 1979: *The Making of the Habsburg Monarchy, 1550–1700*. Oxford.
- Faroqhi S. 1997: Crisis and Change, 1590–1699. Inalcik H., Quataert D. (Hg.): *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1914*. Bd. II. Cambridge, 411–636.
- Gunst P. 1989: Agrarian Systems of Central and Eastern Europe. Chirot D. (Hg.): *The Origins of Backwardness in Eastern Europe*. Berkeley, 53–91.
- Hanak P. 1989: Central Europe: A Historical Region in Modern Times. Schöpflin G., Wood N. (Hg.): *In Search of Central Europe*. Totowa, 57–69.
- Janos A. 1982: *The Politics of Backwardness in Hungary, 1825–1945*. Princeton.
- Jones E. L. 1988: *Growth Recurring: Economic Change in World History*. Oxford.
- Jones E. 1991: *Das Wunder Europa*. Tübingen.
- Kochanowicz J. 1989: The Polish Economy and the Evolution of Democracy. Chirot D. (Hg.): *The Origins of Backwardness in Eastern Europe*. Berkeley, 92–130.
- Longworth P. 1994: *The Making of Eastern Europe*. London.
- McGowan B. 1981: *Economic Life in Ottoman Europe: Taxation, Trade and the Struggle for Land, 1600–1800*. Cambridge.
- McGowan B. 1997: The Age of the Ayans, 1699–1812. Inalcik H., Quataert D. (Hg.): *An Economic and Social History of the Ottoman Empire, 1300–1914*. Bd. II. Cambridge, 637–758.
- Pomeranz K. 2000: *The Great Divergence: China, Europe, and the Making of the Modern World Economy*. Princeton.
- Stavrianos L. S. 1958: *The Balkans since 1453*. New York.
- Stoianovich T. 1960: The Conquering Balkan Orthodox Merchant. *Journal of Economic History* 20/2, 234–313.
- Stoianovich T. 1967: *A Study in Balkan Civilization*. New York.
- Szücs J. 1988: Three Historical Regions of Europe. Keane J. (Hg.): *Civil Society and the State*. London, 291–332.
- Topolski J. 1981: Continuity and Discontinuity in the Development of the Feudal System in Eastern Europe. *Journal of European Economic History* 10/2, 373–400.

Vajda M. 1988: East-Central European Perspectives. Keane J. (Hg.): *Civil Society and the State*. London, 333–360.

Vajda M. 1989: Who Excluded Russia from Europe? Schöpflin G., Wood N. (Hg): *In Search of Central Europe*. Cambridge, 168–175.

Wallerstein I. 1974a: *The Modern World System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy*. New York.

Wallerstein I. 1974b: The Rise and Future Demise of the World Capitalist System. *Comparative Studies in Society and History* 16, 387–415.

Wandycz P. 1992: *The Price of Freedom: A History of East-Central Europe from the Middle Ages to the Present*. London.

Aus dem Englischen übersetzt von Kerstin Pietzonka-Findlay